

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

13.9.1907 (No. 250)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. September.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1907.

Nr. 250.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unbezahlte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgenwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 5. September d. J. gnädigt bemogen gefunden, dem Direktor des städtischen Krankenhauses, Professor Dr. Bernhard von Ved in Karlsruhe, das Ritterkreuz I. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die britisch-amerikanische Antiasiaten-Bewegung.

Die Kundgebungen gegen die Japaner in San Francisco, wo die kalifornischen Staatsbehörden der Bundesregierung und dem Präsidenten Roosevelt gegenüber zunächst darauf bestanden, aus der Deklassierung der gelben Rasse ein Prinzip zu machen, wurden in der Presse hüben und drüben mit großer Erregung besprochen. Die Kabinette bewahrten aber ihre friedliche Haltung. Von beiden Seiten wurde jede Gelegenheit benutzt, um die Friedensliebe durch den Mund von Ministern oder bevollmächtigten Gesandten zu versichern. Präsident Roosevelt besonders hat es auch nicht bei Worten bewenden lassen. Er hat seinen ganzen Einfluß und seine diplomatische Kunst aufgeboden, um die asiatischen Staaten an der Westküste von unüberlegten Schritten abzuhalten und hat durch ein neues Einwanderungsabkommen mit Japan einen modus vivendi herzustellen versucht. Bei der weißen Bevölkerung steigerte sich jedoch die Antipathie und die Furcht vor der gelben Gefahr. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, auch in Canada und in ganz Australien mehrten sich die Stimmen, die nach wirksamen Maßnahmen gegen die gelbe Einwanderung riefen. Die recht rigorosen Einwanderungsbestimmungen der australischen Staaten haben bisher zu keinem ernstlichen Protest in Japan geführt, sie haben es andererseits auch zu keinen Ausschreitungen gegen Japaner kommen lassen, so daß der englischen Regierung die ihr als Verbündeten Japans aus der Haltung der Commonwealth erwachsende peinliche Lage noch nicht direkt fühlbar geworden ist. Die letzten Vorgänge in Vancouver aber werden in London sehr unangenehm berühren. Denn wenn auch dieser häßliche Zwischenfall, wie zu erwarten ist, äußerlich bald friedlich beigelegt wird, erhebt sich vor den Augen der britischen Politiker wieder die drohende Frage des Zwiespalts zwischen den Weißen und der gewaltigen Masse der farbigen Angehörigen des britischen Weltreichs.

Die Angriffe gegen indische Arbeiter in Bellingham (Staat Washington) wurden in London, wie die „Times“ schreiben, mit den Ausschreitungen in Vancouver in Zusammenhang gebracht, um dann mit diesen zusammen energisch verurteilt zu werden. In dem einen Falle waren die Angegriffenen Hindus, britische Untertanen, die Angreifer Bürger der befreundeten, stammesverwandten Union; in Vancouver darf sich der wütende Mob „good british“ nennen und die gehegten Japaner sind die sehr geschätzten Verbündeten des Reiches. Jedesmal aber stand hier der Westen dem Osten feindlich gegenüber, jedesmal wurde die britische Regierung in eine schwere Verlegenheit gebracht, einmal als europäische, das andere Mal in den beleidigten Hindus als asiatische Macht. Neben die zwischen Amerika und Japan fortwährende Spannung tritt also immer offenkundiger das Problem der englischen Zukunft in Asien. Das Blatt empfiehlt: „Reformen für Indien, Anpassung an die wachsende Emanzipation aller Farbigen.“ Sicherlich ist auf diesem Wege, in Verbindung mit einer klugen Politik Japans gegenüber, der status quo in Asien noch am ehesten aufrecht zu erhalten. Die Schwierigkeit besteht nur eben darin, die Notwendigkeit dieser Politik den selbständigen Kolonien, Australien, Canada, Südafrika, die alle als Siedlungskolonien „Land des weißen Mannes“ bleiben wollen, begreiflich zu machen. „Die Loyalität der selbständigen Kolonien gegen Krone und Reichsinteressen traten, wie die „Times“ hervorhebt, leider zu oft gegen die lokalen Interessen zurück.“ Aber auch, wenn die Loyalität gewahrt würde, werden die Gegensätze wohl nicht verschwinden. Auf die nicht aufzuhaltende Emanzipation Asiens hat schon vor dem japanisch-russischen Kriege einer der besten Indienstnehmer, M. Townsend, in seinem Buche Asia and Europe

hingewiesen. Die Ereignisse in Vancouver werden keine Gefahr heraufbeschwören. Man wird die englischen und canadischen Entschuldigungen, wie die „Weiser-Ztg.“ schreibt, in Tokio sehr höflich anhören und den bitteren Groll in dem stolzen Herzen begraben, das nach wie vor die unbedingte Gleichstellung, die unbedingte Anerkennung der Weißen zu erringen, als die nächste und oberste patriotische Pflicht fühlt. Wie sich dabei die Beziehungen zwischen der asiatischen Vormacht und den beiden großen angelsächsischen Mächten nach und nach gestalten werden, läßt sich heute gar nicht voraussagen, das hängt zum großen Teil zunächst von der wirtschaftlichen Entwicklung Japans und der Wehrfähigkeit der Union ab. England dürfte hier noch für einige Zeit in der Hinterhand bleiben. Ueberstürzen will man in Japan, wo man gelernt hat, zu warten ohne zu rasten, wohin auch der Weg gehen soll, sicherlich nicht.

Aus London wird über die asiatischen Kundgebungen in Vancouver, die, wie es heißt, von irischen Arbeiterführern angezettelt wurden, berichtet: Bei den Unruhen am Sonntag erwies sich die Polizei gegen den erregten Pöbel als machtlos. Am Montag machte eine etwa 2000 Köpfe starke erregte Menge den Versuch, im Japanerviertel die Läden zu plündern. Darauf stürmten die Japaner auf die Straße, griffen mit Steinen, Kläppen und Messern bewaffnet, den Mob an und säuberten binnen fünf Minuten die Straße. Bei dem Zusammenstoß wurden viele der Angreifer verwundet. Am Dienstag glich das Japanerviertel einem Feldlager. Die Zahl der hier wohnenden Japaner ist etwa 5000. Aus ihrer Mitte wurde die Absicht geäußert, Bomben zu werfen, wenn der Pöbel einen Versuch zu weiteren Ausschreitungen machen sollte. Die chinesischen Diensthöfen und Angestellten in Vancouver haben als Protest gegen das Vorgehen des Pöbels die Arbeit niedergelegt. Der japanische Konsul in Ottawa erhielt die offizielle Mitteilung, daß die Bundesregierung die nötigen Maßnahmen ergreifen werde, falls die Behörden von Vancouver nicht in der Lage sein sollten, die Ordnung wieder herzustellen.

Britisch-Columbien ist eine der mineralreichsten und fruchtbarsten Provinzen Canadas und zählt eine Bevölkerung von 250 000 Weißen. Das Land bietet jedoch Raum genug für mindestens 2 000 000 Ansiedler. Die weiße Bevölkerung ist entschlossen, es auch als Land der Weißen zu erhalten und sieht mit großer Besorgnis den Zustrom der Asiaten, die die Löhne herabdrücken, da sie gerne bereit sind, zum halben Lohne der weißen Arbeiter zu arbeiten. Da die Hauptzahl der Weißen in Britisch-Columbien dem Arbeiterstande angehört, so fürchtet sie, durch diesen Wettbewerb auf ein gleich niedriges Niveau herabgedrückt zu werden. Um den Zuweg der Asiaten zu verhindern, hat die Kolonie bereits vor drei Jahren die Kopfsteuer für jeden eingewanderten Chinesen von 100 Dollar auf 500 Dollar erhöht. Von den Japanern kann auf Grund der zwischen Großbritannien und Japan getroffenen Vereinbarungen nur eine Kopfsteuer von 25 Dollar erhoben werden.

Sicherung der Bauforderungen.

I.

Seit Jahren wird von den Bauhandwerkern geklagt, daß sie infolge der Entwicklung, welche die moderne Baupespekulation genommen hat, schwere Verluste erleiden. In denjenigen Fällen, in welchen sie durch verwerfliche Geschäftsgebarung zu Schäden kommen, ist der Vorgang nach den Darstellungen der mit den Verhältnissen vertrauten in Kürze folgender:

Der Besitzer einer Baustelle, welcher diese mit tunlichst hohem Gewinne verwerten will, baut nicht selbst, sondern einen Bauunternehmer, dem er zum Zwecke der Bebauung das Grundstück zu einem hohen Preise verkauft. Darauf, daß dieser Bauunternehmer zahlungsfähig ist, wird von dem Verkäufer kein Gewicht gelegt, im Gegenteil werden unsolide Elemente bevorzugt, weil diese geneigt sind, weit über den wahren Wert hinausgehende Preise zu bewilligen. Der Kaufpreis wird hypothekarisch eingetragen, außerdem wird ein Baugeldvertrag abgeschlossen, durch welchen der Baugeldgeber sich verpflichtet, nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues bestimmte Beträge zu zahlen, deren Rückzahlung durch eine vor Beginn des Baues eingetragene Hypothek sichergestellt

wird. Die Bedingungen des Vertrags sind sehr ungünstig für den Bauunternehmer und derart, daß der Baugeldgeber mit Leichtigkeit es zu einer Zwangsversteigerung des Grundstücks bringen kann. Baugeldgeber ist entweder der Verkäufer selbst oder ein Dritter, häufig ein Bankinstitut; im letzteren Falle wird meist dem Baugelddarlehen in gewissem Umfange das Vorrecht vor dem eingetragenen Kaufgeld eingeräumt, mindestens insoweit, als das Kaufgeld den wahren Wert der Baustelle übersteigt. Ein Teil des Baugeldes wird in allen Fällen zur Bezahlung der Bauhandwerker, Arbeiter und Lieferanten verwendet, damit das Bauen in Gang kommt. Im übrigen kommt es auf die Person des Bauunternehmers an. Ist er gewissenlos, so verwendet er den Rest des Baugeldes zur Bezahlung anderer Schulden und zur Verstreitung eines seine Verhältnisse übersteigenden Aufwandes. Alsdann ist der Zusammenbruch nach kurzer Zeit unvermeidlich, und das Gebäude, welches vielleicht im Rohbau fertig geworden ist, fällt in der Zwangsversteigerung an den Baugeldgeber oder den Verkäufer, während die Bauhandwerker und Bauarbeiter bei der Verteilung des durch die eingetragenen Hypotheken voll in Anspruch genommenen Erlöses leer ausgehen. Aber auch dann, wenn der Bauunternehmer nicht darauf ausgeht, auf Kosten der Handwerker und Arbeiter zu leben, kommt es leicht zur Zwangsversteigerung, weil das Baugeld nicht zur vollständigen Deckung der Baukosten ausreicht, vielmehr in der Regel nur in Höhe von zwei Dritteln des Betrags der Baukosten gegeben wird. Auch der solide Bauunternehmer muß, wenn er nicht kapitalkräftig ist, um den Bau vollenden zu können, eine längere Kreditierung eines Teiles der den Bauhandwerkern zu zahlenden Vergütung in Anspruch nehmen. Gelingt es ihm, das Haus fertig zu stellen und bald günstig zu vermieten oder zu verkaufen, so kommen alle Beteiligten zu ihrem Gelde. Häufig wird ihm aber die Vollendung oder die günstige Verwertung des Baues unmöglich, sei es infolge ungünstiger Konjunkturen, sei es infolge des Drängens seiner Hypothekengläubiger und schikanöser Ausnutzung der ihm nachteiligen Bestimmungen des Baugeldvertrags; dann ist das Ergebnis im wesentlichen das gleiche, wie bei dem unredlichen Bauunternehmer, die Bauhandwerker fallen in der Zwangsversteigerung aus.

Ueber die Höhe der Verluste, welche die Bauhandwerker erlitten haben, gehen die Angaben weit auseinander. An einer amtlichen Statistik über die Höhe der Verluste der Bauhandwerker fehlt es. Von der Veranstaltung einer amtlichen Erhebung ist bis jetzt abgesehen worden, weil zur Gewinnung wirklich zuverlässiger Zahlen außerordentlich eingehende Ermittlungen und ein sehr lästiges Eindringen in Privatverhältnisse erforderlich gewesen wäre und weil an der Tatsache, daß die Bauhandwerker sehr erhebliche Verluste erlitten haben, ein begründeter Zweifel ohnehin nicht bestehen kann.

Von verschiedenen Seiten ist geltend gemacht worden, daß in den letzten Jahren eine wesentliche Besserung der Verhältnisse eingetreten sei und daß infolgedessen zurzeit ein Bedürfnis für ein gesetzgeberisches Eingreifen nicht mehr bestehe. Da aber mit dem Wiedereintritte ungünstiger Verhältnisse gerechnet werden muß, so kann der zeitige Rückgang der Zwangsversteigerungen kein Grund sein, die erforderlich erscheinenden Maßnahmen zu verschieben, im Gegenteil gilt es gerade jetzt vorzugehen, damit ein Gesetz in Kraft tritt, ehe die ungünstige Periode zahlreiche Opfer gefordert hat. Dazu kommt, daß auch zurzeit die Verhältnisse keineswegs als gesund bezeichnet werden können. Die Klagen der Bauhandwerker sind, wenn sie auch nicht mehr so lebhaft sind, wie in der schlimmsten Zeit des Anfangs der 90er Jahre, keineswegs verstummt. So wird in den letzten Jahren sehr lebhaft über große Verluste der Bauhandwerker in Dresden und Mannheim geklagt.

Aus der Tatsache allein, daß die Bauhandwerker große Verluste erlitten haben und fortgesetzt erleiden, folgt noch nicht, daß die Abhilfe auf dem Wege der Gesetzgebung gesucht werden muß. Von verschiedenen Seiten ist denn auch das Bedürfnis für gesetzgeberische Maßnahmen deshalb verneint worden, weil die Schuld an den Verlusten zu einem großen Teile die Bauhandwerker selbst trüge. Es ist nicht zu verkennen, daß ein Teil der erlittenen Verluste bei größerer Vorsicht hätte vermieden werden können; in Berlin ist festgestellt worden, daß bei einzelnen Bauunternehmern wiederholt in kurzer Frist die von ihnen errichteten Bauten zur Zwangsversteigerung gekommen sind und daß sie gleichwohl immer wieder Kredit bei den Handwerkern gefunden haben. Trotzdem er-

scheint es nicht angängig, die Bauhandwerker auf den Weg der Selbsthilfe zu verweisen. Die seit Jahren unternommenen Versuche zur Sicherung der Bauforderungen durch gesetzliche Maßnahmen und die in breiter Öffentlichkeit geführten Verhandlungen hierüber haben zwar in der Richtung gewirkt, daß die Bauspekulation zurückhaltender geworden ist. In dem gleichen Sinne mag auch die aus Kreisen der Bodengesellschaften berichtete Erfahrung wirksam gewesen sein, daß die Baustellenverkäufer öfter bei dem Wiedererwerb des Grundstücks in der Zwangsversteigerung nicht ihre Rechnung gefunden haben, weil der Bau schlecht ausgeführt war oder schon in unfertigen Zustände zur Versteigerung gelangte. Alle diese Umstände haben im Vereine mit der Verringerung der Konjunktur eine Besserung herbeigeführt; sie haben aber die Mißstände nicht beseitigen können.

Die Ueberzeugung, daß es Aufgabe der Gesetzgebung ist, gegen die bestehenden Mißstände einzuschreiten, ist seit Jahren in weiten Kreisen verbreitet. Seit Beginn der 90er Jahre hat die Bewegung zugunsten der Bauhandwerker ihren Ausdruck insbesondere in Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Bundesstaaten und in Verhandlungen dieser Körperschaften gefunden. Der Reichstag hat am 22. Jan. 1896 mit großer Mehrheit, fast mit Einstimmigkeit, beschlossen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Bauhandwerker und Bauarbeiter für ihre aus Arbeiten und Lieferungen an Neu- und Umbauten erwachsenden Forderungen gesichert werden. In den späteren Jahren ist wiederholt im Reichstage die Frage der Sicherung der Bauforderungen zur Sprache gekommen, und es hat der Reichstag am 26. Februar 1904 das Ersuchen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs wiederholt.

Die französische Flotte.

* Der Berichterstatter für den vorjährigen Marineetat, M. Charles Vos, hat im „Gil Blas“ eine Reihe von Artikeln über die französische Flotte veröffentlicht, die dadurch ein hohes Interesse haben, weil sie aus der Feder eines sachverständigen Mannes kommen, und bei aller Schärfe des Urteils sich nur auf Tatsachen beziehen, die sich ohne Schwierigkeit auch von jedem Nichtfachmann nachkontrollieren lassen.

M. Vos geht davon aus, daß die Statistiken, die so vielfach zum Vergleiche von Schiffen herangezogen wurden, nicht ausreichen, um den wirklichen Wert einer Flotte beurteilen zu können. Dazu müsse man in Einzelheiten eindringen und diese auf ihren Wert prüfen. In der Hauptache beschäftigt sich alsdann der Berichterstatter mit den Schlachtschiffen der französischen Flotte, da zumeist von ihren Eigenschaften der Ausgang eines ganzen Seekrieges abhinge. Er führt dazu das gesamte vorhandene Material dem Alter nach auf und zwar den „Brennus“, „Carnot“, „Charles Martel“, „Zauréguiberry“, „Masséna“, „Bouvet“, „Charlemagne“, „Saint-Louis“, „Gaulois“, „Suffren“, „Patrie“, „République“, an denen zunächst auszuführen sei, daß, mit Ausnahme der beiden zuletzt genannten Schiffe, sie alle um 1/2 Knoten an Fahrgeschwindigkeit hinter den gleichartigen Schiffen der amerikanischen und japanischen Flotte zurückständen. Dann auf den Panzerschutz übergehend sei zu bemängeln, daß, den „Suffren“, die „Patrie“ und „République“ ausgenommen, der Panzer aller übrigen Linienschiffe fast ganz untergetaucht sei, weil die hohen Aufbauten und das Uebergewicht von oben die Schiffe zu sehr ins Wasser drückten. Es läge auf diesen Schiffen so aus, als ob der Panzer ganz verschwunden sei; beim „Charles Martel“ z. B. rage er kaum 30 cm über die Wasserlinie hinaus. Daher käme es auch, daß in der Marine die neun zuerst genannten Linienschiffe den Spottnamen „Kenterboote“ (chavirables) trügen. In der Tat sei es auch gar nicht notwendig, um eins dieser Linienschiffe zum Sinken zu bringen, daß der Panzer in der Wasserlinie durchschlagen werde. Denn da er nur 35 oder 30 cm über der Wasserlinie stehe, genügt eine Granate von 152 oder selbst 100 mm-Geschützen, wenn sie auch nur 1 Meter über der Wasserlinie in den Panzer einschlägt, um das Schiff zum Kentern zu bringen. So sei es den russischen Schiffen in der Schlacht bei Tsushima ergangen und das selbe Schicksal würden im gleichen Falle voraussichtlich die neun von den zwölf aufgeführten Linienschiffen der französischen Flotte haben. Als Nachteil sei hier noch anzuführen, daß die schwere Artillerie beim „Gaulois“, „Saint-Louis“ und „Charlemagne“, die durch einen stählernen Pfahl gestützt werde, durch einen einzigen glücklichen Schuß zu Fall gebracht werden könne, wodurch die ganze Artillerie außer Gefecht gesetzt werde. Außer der Schnelligkeit und dem Panzerschutz beurteilt der Berichterstatter endlich auch die Bestückung der Schlachtschiffe wenig günstig. Namentlich bemängelt er die Ungleichheit der vorhandenen Kaliber. Der „Brennus“ habe drei 340 mm-Geschütze; der „Carnot“, der „Bouvet“, der „Charles Martel“, der „Zauréguiberry“ und der „Masséna“ hätten jeder zwei 274 mm, die andern sechs Linienschiffe je vier 305 mm-Geschütze. Hinsichtlich der Somogenität möge das ja noch angehen, aber die 340 mm-Geschütze vom „Brennus“ seien gegenüber den neuen Geschützentfernungen vollkommen unzureichend und die 274 mm-Geschütze alten Modells schossen viel zu langsam. Ueberhaupt sei der Hauptfehler der schweren Artillerie der französischen Schiffe, daß sie der Mehrzahl nach in bezug auf Schnelligkeit hinter den gleichen Kalibern bei fremden Marineen zurückstehen, daß die Geschosse nicht schwer genug seien und ihre Sprengladung nicht genüge.

Die Linienschiffe anderer Flotten seien auch reichlicher mit Munition versehen. Ganz besonders nachteilig aber sei die verschiedenartige Bestückung bei der mittleren Artillerie. Der „Carnot“, „Bouvet“, „Zauréguiberry“, „Charles Martel“, „Masséna“, „Saint-Louis“ und „Charlemagne“ hätten nur 138 mm-Geschütze in verschiedener Zahl, acht und zehn, denn bei einigen von ihnen sei das mittlere Kaliber verringert worden, um es durch Geschütze von 100 mm Kaliber zu ersetzen. Nur der „Suffren“, „Brennus“, „Patrie“ und „République“ hätten 164 mm-Geschütze bei der mittleren Artillerie. Diese verschiedenartige Bestückung mit Geschützen mittleren Kalibers werde zur Folge haben, daß, bei einer Seeschlacht auf Entfernungen von 2400–3000 Meter, die mittlere Artillerie bei acht von den zwölf Panzern gegen feindliche Schiffe nichts werde ausrichten können. Da auf diese Entfernungen die Geschosse von 138 mm einen Panzer nicht mehr zu durchschlagen vermögen. Nun sei ja zutreffend, daß die französische Flotte in diesem Jahre um zwei Linienschiffe, die „Justice“ und „Démocratie“, vermehrt werde und daß im nächsten Jahre die „Bérité“ und „Liberté“ noch dazu kämen, zusammen vier Linienschiffe, die als Schwererschiffe der „Patrie“ und „République“ anzusehen sind und noch aus dem Programm von 1900 stammen. Diese sechs Schlachtschiffe sollten ein homogenes Geschwader bilden, aber man habe diese Gleichheit vom Standpunkt der Bestückung aus vernichtet, denn während „Patrie“ und „République“ mit 18 Geschützen von 164 mm Kaliber ausgerüstet seien, hätten man den vier andern Schiffen Geschütze von 194 mm Kaliber gegeben. Die natürliche Folge davon sei, daß diese sechs Linienschiffe mit ihrer mittleren Artillerie nicht auf die gleichen Entfernungen fechten könnten, denn über 3000 Meter hinaus sei das Geschöß 164 mm-Geschößes ungenügend, während das 194 mm-Geschöß noch bis zu 4500 Meter wirksam sei. Auch bei den sechs neuen Linienschiffen der „Danton“-Klasse, die erst im Vorjahre bewilligt worden wären, lägen die Verhältnisse nicht sehr glücklich. Denn noch bevor sie auf Stapel gelegt wurden, sei man sich darüber klar gewesen, daß sie gegen die neusten englischen Schlachtschiffe vom „Dreadnought“ oder „Lord Nelson“-Typ, oder gegen die japanischen Schlachtschiffe vom „Mikasa“-Typ, oder gegen die amerikanischen Schlachtschiffe vom „Michigan“-Typ nicht Erfolg haben würden. Denn ihre Artillerie sei zu schwach; vier 305 mm und zwölf 240 mm-Geschütze gegen zehn und acht 305 mm und viel mittlere Artillerie bei den Japanern und Amerikanern, oder gegen die vier 305 mm und zwölf 254 mm-Geschütze des „Lord Nelson“-Typs der englischen Flotte.

Ausstände.

(Telegramme.)

* Aachenburg, 11. Sept. Die ausländischen Arbeiter der hiesigen Konfektionsindustrie haben die Arbeit unter den früheren Bedingungen wieder aufgenommen. Seitens der Arbeitgeber erfolgte die Aufhebung der Aussperrung der Arbeiter.

* Antwerpen, 11. Sept. Zahlreiche von der Föderation Maritime angenommene deutsche Arbeiter sind nach Deutschland zurückgekehrt.

Zur Lage in Russland.

(Telegramme.)

Aus Finnland.

* Helsinki, 12. Sept. Im finnischen Landtag sprachen sich bei der gestrigen Debatte über die Bewilligung von 20 Millionen Mark für die Militärausgaben des Kaiserreichs die Sozialdemokraten und Agrarier dagegen aus, während die Schweden und Altkonservativen für die Bewilligung eintraten. Am Schluß der Verhandlungen über die Bewilligung von 20 Millionen für die Militärausgaben des Reiches wurde der Vorschlag des Präsidiums auf Verwertung des Gesetzentwurfes an die Finanzkommission angenommen.

* Die Ablehnung der Vorlage kam, wie der „Elo“ schreibt, die Lage in Finnland sehr ernst gestalten. Bei 200 Abgeordneten macht die absolute Majorität 101 Stimmen aus. Die Sozialdemokraten (die 80 Stimmen besitzen), brauchen nur 21 Stimmen zu gewinnen, um das Projekt abzulehnen. Es ist selbstverständlich, daß die russische Regierung bei solch einem Beschluß des Landtages prüfen wird, wie weit er den tatsächlichen Absichten des Landes entspricht. Das gesetzliche Mittel hierfür ist die Auflösung des Landtages und neue Wahlen, und es ist sehr wohl möglich, daß die Regierung zu dieser Maßnahme greifen wird. Andererseits wäre die Demission des finnischen Staatssekretärs Ranghof und des Generalgouverneurs Gerard möglich, wenn diese bei der Ablehnung des Gesetzes finden sollten, daß ihre Politik in Finnland nicht mehr den gegebenen Umständen entspricht.

Ein Unfall des „Standard“.

* Gangoe (Finnland), 12. Sept. Die Kaiserliche Yacht „Standard“ stieß gestern nachmittags um halb 5 Uhr bei Perioe unweit Gangoe auf einen unterhalb der Wasseroberfläche befindlichen Felsen, ein Rettungsdampfer ist aus Neval an der Stelle der Sabarie eingetroffen. Ferner befinden sich dort sieben Torpedoboote, die die Yacht „Standard“ begleiten. Seine Majestät Kaiser Nikolaus und die Kaiserliche Familie sind vorläufig am Bord der „Standard“ geblieben.

* St. Petersburg, 12. Sept. Nach einem Telegramm des Hofministers, der sich am Bord des „Standard“ befand, erfolgte das Auslaufen des Schiffes gestern nachmittags 5 Uhr auf einem Riff, das 12 Meilen von Gangoe entfernt liegt. Die Kaiserliche Familie begab sich mit Gefolge nach dem Abiwo „Wija“.

* Kronstadt, 12. Sept. Von hier sind Taucher und Rettungsschiffe unterwegs, um dem „Standard“ Hilfe zu bringen. Aus Neval sind das Panzerschiff „Imperator Nikolaus II.“, der Rettungsdampfer „Meteor“, der Abiwo „Mogutschi“ und der Kreuzer der Grenzwache „Vertut“ nach den finnischen Schären abgegangen.

* Odesa, 12. Sept. Der neuernannte Stadthauptmann hat einen Befehl an die Polizei erlassen, in dem er darauf hinweist, daß die Einstellung der Straßenarbeiten eine Notwendigkeit für Odesa sei. Die Polizei müsse jederzeit Gerin der Straße sein und dürfe keinesfalls zulassen, daß irgendjemand, wer er auch sei, sich eigenmächtig polizeiliche Funktionen zulege.

* St. Petersburg, 12. Sept. Aus Saratow werden 8, aus Jarazin 13, aus Nischni-Novgorod 10, aus Jaroslau 1 Cholerafälle gemeldet.

* St. Petersburg, 12. Sept. Die russische Regierung schloß mit dem päpstlichen Stuhle eine Konvention ab, betreffend den Unterricht in russischer Sprache in Geschichte und Literatur an katholischen Seminaren des Bistums Polen.

Marokko.

(Telegramme.)

* Tanger, 11. Sept. Der französische Konsulagent in Marrakech brachte, lt. „Afin. Ag.“, für die französische und spanische Regierung Briefe Mulah Safid hierher, die von den betreffenden Legationen angenommen wurden. Mulah Safid schreibt darin die Vorgänge in Casablanca einer Vertretung ungünstiger Umstände zu und spricht die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, selbst die Ordnung wiederherzustellen, so daß kein Grund zur Unzufriedenheit mehr vorhanden sein werde. — Sultan Abdul Afis soll nach Ahabat unterwegs sein. — Der „Temps“ meldet: Da Mulah Safid noch nicht die notwendigen Geldmittel besitzt und befürchtet, in gewissen Gebieten schlecht aufgenommen zu werden, wird er sich, wie es heißt, jetzt nicht nach Ahabat begeben. — Wie die „Liberté“ aus Tanger meldet, verließen die Truppen das Lager von Casablanca bei Tagesanbruch unter dem Befehl des Generals Druce, um Taddert anzugreifen.

* Paris, 12. Sept. Ministerpräsident Clemenceau bestätigte in einem Interview, daß General Druce nicht die Instruktion erhalten habe, sich defensiv zu verhalten. Er fügte hinzu, die Truppenverstärkungen seien nach Casablanca gerade zu diesem Zwecke geschickt worden, um die Offensive zu ergreifen. Man wolle, daß sein Vorgehen schnell und in einem Umfange geschehe, der keinen Zweifel über den offensiven Charakter lasse. — Eine Note der Agence Havas besagt: Die Regierung hat Druce angewiesen, die Offensive zu ergreifen, ohne ihm jedoch hierzu bestimmte Vorbedingungen zu erteilen.

* Casablanca, 12. Sept. Bei dem gestrigen Vorstoß gegen Taddert machte sich General Druce den herrschenden Nebel und das Terrain zu Nutze, um Taddert zu überraschen. Der Feind wurde zerstreut und auf der Flucht hart beschossen. Auf französischer Seite fiel ein Mann, zehn wurden verwundet.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 12. September.

** Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: Am 3. September auf dem Bahnhof in Karlsruhe ein Briefumschlag mit Freimarken im Werte von 6.61 M.; am 4. September im Zug 888 eine Geldbörse mit 10 M., abgeliefert in Mannheim; am 4. September im Zug 739 ein Papiertäschchen mit 21.24 M., abgeliefert in Mannheim; am 5. September auf dem Bahnhof in Emmendingen der Betrag von 20.30 M.; am 6. September auf dem Bahnhof in Börrach eine Geldbörse mit 3.77 M. und 61 Centimes.

* (Der Wechsel im Kommando des 14. Armeekorps.) Das „Militärmoderblatt“ meldet: v. Lindemann, Generaloberst und Generaladjutant, ist mit dem 30. September 1907 seiner Stellung als Generalinspektor der 3. Armeeinspektion entlassen und unter Verlassung in das Verhältnis als Generaladjutant und à la suite des 1. Garderegiments zu Fuß zur Disposition gestellt. v. Bod und Polach, General der Infanterie und kommandierender General des 14. Armeekorps, ist zum Generalinspektor der 3. Armeeinspektion (Sannover) ernannt worden; Freiherr v. Hoiningen gen. Huene, Generalleutnant und Kommandeur der 30. Division (Straßburg) wurde zum kommandierenden General des 14. Armeekorps ernannt.

† (Großherzogliche Hofkammer.) Gestern hat sich das neue Mitglied unserer Hofkammer, Fräulein Ottilie Budag, bisher in Berlin, als Magda in Sudermanns „Selma“ dem Publikum vorgestellt. Es war ein vielversprechender Anfang. Fräulein Budag hat vor allem eine außerordentlich deutliche, klare Sprache, man versteht auch jedes leicht hingeworfene Wort — das bedeutet sehr viel. In ihrem Auftreten und im Mimen spielt sie bei stattdessen Erfindung eine sehr ansprechende Sicherheit und Lebhaftigkeit und in der gewählten, raschen Art ihrer Sprechweise und ihrer Bewegungen lag etwas Virtuoses, das der Magda sehr wohl anstand. Mag ihrem Spiel noch einiges an vollendeter Ausgeglichenheit abgehen, sie bringt jedenfalls reiches Material mit, aus dem sie sicher viel Gutes gestalten kann. Wir erwähnen noch, was der Dame zur Empfehlung dienen mag, daß die vielgeschworene durch ihr Spiel angenehm an Frau Gerhäuser erinnert wurde. Demnächst wird sie uns die Jungfrau von Orleans vorführen, der wir mit Interesse entgegensehen. Das Publikum bereitet dem ersten Auftreten Fräulein Budags eine sehr warme, freundliche Aufnahme und spendete auch im übrigen der guten Aufführung vielen Beifall.

* (Archivtag in Karlsruhe.) Am 14. September findet hier der VII. deutsche Archivtag statt. Die Beratungen werden im allgemeinen Arbeitslokal des Großh. Generallandesarchivs abgehalten. Es werden sprechen über Archivalien in Baden Archivdirektor Geh. Archivrat Dr. Ober-Karlsruhe, über Verwendung von Archivalien Reichsarchivdirektor Dr. Striedinger-München, über die französische Archivverwaltung Geh. Archivrat Dr. Wolfram-Metz und über den Neubau des Großh. Generallandesarchivs Archivdirektor Frankhauser. Am letzten Vortrag wird sich ein Rundgang durch die neuen Archivräume anreihen. Für den folgenden Tag ist ein Besuch des Kreisarchivs in Speyer und die Besichtigung des Domes in Aussicht genommen, mit der ein Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Grauert-München über die Kaisergräber verbunden sein wird.

* (Verein Volkshilfe.) Sonntag den 22. September ist für die Mitglieder des Vereins ein Besuch der Mannheimer Ausstellung (Kunst- und Gartenbau) vorgesehen. Fahr-, sowie Eintrittspreise sind ermäßigt. Anmeldungen hierzu wollen bis spätestens Montag abend in der Geschäftsstelle des Vereins, Karlsruherstraße 14, erfolgen.

KVV. (Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs für Karlsruhe und Umgebung) hielt dieser Tage im Stadtratssitzungslokal eine Ausschusssitzung ab, die wegen Erkrankung und sonstiger Verhinderung einiger Mitglieder nur mäßig besetzt war. Infolge Erkrankung des ersten und Verurlaubung des zweiten Herrn Vorsitzenden leitete der Schriftführer des Vereins, Herr Oberstadtssekretär Lacher, die Sitzung. Zunächst wurde beschlossen, den Betrieb des Zeitungs-

Kioskes beim Hotel Germania, mit dem eine Filialaus-
staltungsstelle des Vereins verbunden ist, vom 1. Januar 1908 an
die Firmen J. Schöber, Hofschmidrudolf, und L. Gei-
senhöfer, lithographische Anstalt, in Stadt zu geben, da
der bisherige Rächter auf diesen Zeitpunkt zurücktritt. Bei
dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß die Einrichtungen des
Kioskes lebhaft benützt werden, nur der Telefonautomat weist
eine geringe Frequenz auf und wird, wenn sich dieselbe nicht
steigert, wieder beseitigt werden müssen. Sodann fand eine
Besprechung der ersten Hauptversammlung des Landes-
verbandes der Verkehrsvereine statt, die bekannt-
lich nächsten Samstag und Sonntag in Wolfach stattfindet, und
welche nicht nur eine interessante Tagesordnung, sondern auch
sonst ein — schon bekanntes — Unterhaltungsprogramm auf-
weist, so daß es sich wohl lohnt, derselben anzuschließen. Zum
Vertreter des Vereins wurde einstimmig der Schriftführer
des Vereins gewählt. Eine Eingabe eines hiesigen Sport-
klubs um einen Beitrag zur Veranstaltung von Wettspie-
len mußte im Hinblick auf die Massenverhältnisse des Vereins,
die im verfloßenen Jubiläumsjahr stark zurückgegangen sind
und eine bedeutende Kräftigung benötigen, abgelehnt werden.
Es ist deshalb zu bedauern, daß ein Mundstücken an die grö-
ßeren öffentlichen Institute der Residenz um Bewilligung
einmaliger Beiträge von nur geringem Erfolge war,
während in anderen Städten ähnliche Gelüste der dortigen
Vereine schöne Erfolge gezeitigt haben. Es darf dabei
neuem darauf hingewiesen werden, daß ein Verkehrsverein nur
dann seine Aufgaben mit Erfolg erfüllen kann, wenn ihm be-
deutende Mittel zur Seite stehen; es soll deshalb auch dieser
Bericht nicht in die Öffentlichkeit hinausgehen, ohne die Mah-
nung, den Verein durch die Erwerbung der Mitgliedschaft
durch sonstige Beiträge zu unterstützen im Interesse der Hebung
des Fremdenverkehrs in unserer Stadt. Aus den weiteren
Mitteilungen des Schriftführers ist hervorzuheben, daß der Ver-
ein beim Amtsgericht eingetragen worden ist und somit die
Rechte einer juristischen Person erlangt hat. Der Mit-
gliederstand hat sich im Laufe des Jahres etwas vermehrt.
In der Auskunftsstelle im Rathaus haben in den ersten
acht Monaten über 3500 Personen um Auskunft gebeten und
solche erhalten, unter denen sich auch eine große Anzahl Aus-
länder befanden. Aus der aufgestellten Statistik ist zu er-
sehen, daß seit dem Bestehen des Vereins die Auskunftsstelle
von Jahr zu Jahr eine stärkere Frequenz aufzuweisen hat —
gegenüber dem Jahre 1904 ist eine Steigerung um über 100
Proz. eingetreten — wie auch die Zahl der zur Verteilung ge-
langten Drucksachen zunimmt (in den ersten acht Monaten die-
ses Jahres bereits 10 000 Stück), so daß der Verein vor die
Aufgabe gestellt ist, entweder den großen Führer neu zu
denken oder eine kleinere Profildrüse nach dem Muster anderer
Städte herauszugeben, eine Art Prospekt, auf dem die
wichtigsten Einrichtungen der Stadt in übersichtlicher Weise zu-
sammengestellt sind. Die Frage der Erstellung einer elek-
trischen Straßenbahnlinie nach dem Hof-
theater ist von dem Straßenbahnamt auf Anregung des
Vereins einer eingehenden Prüfung unterworfen, doch, vor-
nehmlich aus technischen Gründen, im vorliegenden Sinne be-
antwortet worden. Im übrigen sei von den maßgebenden Be-
hörden auch die Lebensfähigkeit der Linie bezweifelt worden,
so daß diese Frage für den Augenblick als zurückgestellt anzu-
sehen ist. Die Auffstellung des Führerautomaten auf
dem Bahnhof ist für Ende d. J. in Aussicht genommen. Nach
Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vor-
sitzende mit Dankworten an die Erschienenen die Sitzung.

(Städtische Arbeiterfortbildungskurse.) Der Stadtrat
beabsichtigt, in der Zeit von Mitte Oktober dieses Jahres bis Mitte
März nächsten Jahres für Personen des Arbeiterstandes Un-
terrichtskurse in Geographie, Rechnen, Schön- und
Rechtsschreiben, Buchführung und Korrespondenz zu veranstalten.
Der Unterricht umfaßt in jedem Kurs etwa 20 Abende und ist
vollständig kostenfrei. Anmeldungen zur Teilnahme an den be-
zeichneten Kursen werden am Montag den 23. d. M., Mittags
den 25. und Freitag den 27. September, abends von 8 bis 9 Uhr,
im Zimmer Nr. 3 der Leopoldschule entgegengenommen.

oc. (Statistisches.) Die Einwohnerzahl Karlsruhes
betrug Ende Juni 123 202 Einwohner. — Die Liegen-
schaftsumsätze erreichten im Monat Juni eine Höhe von
1 706 179 M. — Die Bierausfuhr betrug im ersten Halb-
jahr 1907 146 880,81 Hektoliter gegen 147 364,08 Hektoliter
im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Im Rheinhafen
betrug im Juni das Tonnengewicht der angekommenen Güter
74 144, das der abgehenden Güter 10 997. — Die städtische
Straßenbahn beförderte im Monat Juni 1 039 768 Per-
sonen und vereinnahmte 91 772 M.

(Wesinwechsel.) Der seit langen Jahren sich im Besitze der
Familie Wager befindliche Gasthof zum goldenen Ochsen
(eines der ältesten Gasthöfe Karlsruhes) geht mit dem 15.
Oktober d. J. an Herrn A. Wenzler, Hotel Kammerhüter in Hei-
delberg, vorläufig teilweise über. Die Weinhandlung Eduard
Wager erleidet keine Veränderung.

(Aus dem Polizeibericht.) Durch Explodieren einer
Petroleumlampe entstand in vergangener Nacht in
einer Wohnung in der Douglasstraße ein Zimmer-
brand. Das Bett, in welchem eine franke Frau lag, fing
Feuer und verbrannte, doch konnte die Kranke von den Haus-
bewohnern gerettet werden, ehe sie Schaden nahm.
Das Feuer konnte bald gelöscht werden. — In der Nacht zum 8. d.
M. hat ein lediger, 22 Jahre alter Tagelöhner aus Gündel-
berg bei einem Wortwechsel in einer Wirtschaft in der Scheffel-
straße mit einem Bierglas geworfen, welches zerplatzte. Ein
verheirateter Fuhrer wurde von einem Splitter so unglück-
lich in das linke Auge getroffen, daß er sofort in das Ludwig-
Wilhelm-Krankenhaus verbracht werden mußte, wo festgestellt
wurde, daß das Auge verloren ist. Der Täter wurde vorläufig
festgenommen. — Verhaftet wurden: Eine 40 Jahre alte
Witwe aus Bodenheim und eine 24 Jahre alte Dienstmagd
aus Wiesbaden, welche beide sich am 4. Januar l. J. aus der
Strafmanntat gegenhatten, wofür sie längere Strafen verbü-
ßen, geschlichtet hatten und seitdem im Umherziehen durch Ein-
bruch diebstahl und Betrug ihren Lebensunterhalt be-
stritten. In den letzten Tagen verlegten sie sich hier auf den
Hafeldschwindel. Am 6. d. M., nachmittags, wurde
einem Hausburschen, der sein Mittagsgeschloß im Sallenwäld-
chen machte, ein Portemonnaie mit 26 M. gestohlen. — Am
Mittwoch vormittag wurde ein Mann beim Ueberqueren der
Straßenbahngleise vor dem Rathaus von einem elektri-
schen Straßenbahnwagen angefahren und zu
Boden geworfen, doch hat er keine Verletzungen erlitten. Den
Wagenführer trifft keine Schuld, da er Warnungssignale gege-
ben hatte.

S. Mannheim, 11. Sept. Heute begann hier der 18. deutsche
Anwaltskongress, bei dem die Großh. Regierung durch Geh.
Oberregierungsrat Buch-Karlsruhe vertreten war. Nach den
üblichen Begrüßungen wurde beschlossen, die Erörterung und
Beschlüßfassung über Änderungen des Gerichtsverfas-
sungs-gesetzes, der Zivilprozessordnung und der Gebühren-
ordnung für Rechtsanwälte im Hinblick auf die geplante Justiz-
reform sofort vorzunehmen. Rechtsanwalt Dr. Hagenburg
Mannheim erbat über die hochwichtige Angelegenheit ein
zweitägiges Referat, das in einem eingehenden Antrag gip-
felte, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß eine Reform
nur einheitlich und gleichzeitig erfolgen könne. Die Neubear-
beitung eines Teiles sei abzulehnen. Bei der Reform des

Kostenwesens ist eine gerechtere Verteilung der Lasten
anzustreben. Bei der Reform des Verfahrens ist eine be-
sondere Gestaltung des amtsgerichtlichen Verfahrens nach an-
deren Prinzipien, als des landgerichtlichen, insbesondere unter
Einführung des Offizial- und Inquisitionsprinzips, abzulehnen.
Bei der Reform der Gerichtsverfassung ist das bis-
herige System der Kollegialgerichte beizubehalten und die Er-
hebung derselben durch das System der Einzelrichter abzuleh-
nen. Bei der Reform der Rechtsanwaltsordnung und der Ge-
bührenordnung für Rechtsanwälte ist eine Regelung derselben
dahin notwendig, daß der Rechtsanwalt wirtschaftlich und so-
zial so gestellt wird, daß er seiner Aufgabe als Glied der
Rechtspflege in juristischer und ethischer Hinsicht entsprechen
kann. Der Vorstand wird beauftragt, sobald ein Entwurf der
Regierung über diese Materie veröffentlicht sein wird, für wei-
tere Beratung und Beschlußfassung der einzelnen Fragen einen
ausserordentlichen Anwaltskongress einzuberufen. Bei dem Bericht
des Korrespondenten Dr. Wanner-Joppat kam der Gegenstand
zwischen dem Amtsgerichtsamt und dem Landgerichtsamt zum
Ausdruck. Dr. Wanner beantragte, zu beschließen, daß
eine Reform des amtsgerichtlichen Verfahrens im Interesse der
Rechtspflege unaufschiebbar ist. Eine Reform des gesamten
Zivilprozessverfahrens sei einzuleiten, sobald die nötigen Vor-
arbeiten beendet und insbesondere über das neue amtsgericht-
liche Verfahren Erfahrungen gesammelt sein werden. Die Zu-
ständigkeit der Amtsgerichte sei auf 1200 M. zu erweitern. Der
Anwaltsstand sei für die Ausfälle, welche ihm durch die Erwei-
terung der Zuständigkeit der Amtsgerichte erwachsen, durch Er-
höhung der Anwaltsgebühren zu entschädigen. Der Antrag
Hagenburg wurde mit großer Majorität angenommen,
der Antrag Wanner mit großer Mehrheit abgelehnt.
Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag D. Ullrich-Suttgart.
Weiter wurde beschlossen, dem Reichsjustizamt, den Justizver-
waltungen der deutschen Bundesstaaten und sämtlichen Reichs-
tagsabgeordneten den gefassten Beschluß und den Bericht Ha-
genburgs zur Kenntnis zu bringen. Am 4. Uhr wurden die
Verhandlungen, die nur eine 1/2stündige Frühstückspause unter-
brach, auf morgen vormittag vertagt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Böhmer, 12. Sept.** Der gestrige dritte und letzte Kaiser-
monatstag begann mit einer großen Schlacht, die sich nördlich
des Plessenbühens Warburg, am Fuße des burggraflichen
Felsenberges, abspielte. Das blaue 7. Korps hatte in dieser Linie
eine starke Verteidigungsstellung geschaffen und beschloß, dem
roten Gegner, falls er erneut angreifen würde, Widerstand zu
leisten. Das rote 10. Korps, das in der Linie Bonnenburg—
Profenberg hinüber hatte, unternahm in der Frühe um 6 Uhr,
begünstigt durch dichten Nebel, einen Vorstoß gegen den linken
blauen Flügel bei Hörde und warf hier die 14. Division zurück.
Gleichzeitig unternahm die rote 17. Division unter dem Schutze
des Nebels einen Vorstoß gegen die blaue 41. Division bei Doh-
burg, besetzte den Ort und drängte den Gegner auch hier auf den
Dümel zurück. Auf der ganzen Linie entbrannte ein heiserer
Kampf, der wiederum für Wau ungunstig ausfiel. Tausende
von Zuschauern wohnten dem militärischen Schauspiel bei, das
mit dem Niedergang von Rot auf der ganzen Linie um 10 Uhr sei-
nen Abschluß fand. Seine Majestät der Kaiser hielt Kritik
ab. Gegen mittag war das Kaisermonat über beendet. Der Kai-
ser kehrte nachmittags nach Wilhelmshöhe zurück.

*** Nordern, 12. Sept.** Der Vizepräsident des Staatsministe-
rums v. Bethmann-Hollweg, der Minister des Innern,
v. Moltke, und Unterstaatssekretär v. Löbell sind
hier zur Besprechung mit dem Reichstanzler eingetroffen.

*** Wien, 11. Sept.** Am Abend fand bei Seiner Majestät dem
Kaiser in Schönbrunn Abend hat, an der der japanische
Botschafter und Admiral Fujii mit seinen Offizieren
teilnahm.

*** Wien, 12. Sept.** Unter dem Vorsitz des Ministers
des Auswärtigen, Baron v. Lehrental, hat gestern
eine Konferenz stattgefunden, an welcher die Minister-
präsidenten Dr. Beckersle und Frhr. v. Beck, sowie
die Minister Kossuth, Daranyi, Apponyi, Klein, Kory-
towski, Auersperg, Forst und Derzhavta teilnahmen.
Den Gegenstand der Besprechung bildeten die mit dem
Ausgleich zusammenhängenden staatsrechtlichen
Frage. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

*** Rom, 12. Sept.** Der Papst empfing gestern den Kar-
dinal Vincenzo Vannutelli, der ihn über den Verlauf des
eucharistischen Kongresses in Neapel unterrichtete.

*** San Sebastian, 12. Sept.** Seine Majestät König Al-
fons unternahm sich gestern vormittag einer Operation
zwecks Erweiterung der Nasengänge. Die Operation verlief
vollständig. Das Befinden des Königs ist sehr befriedigend.
Ministerpräsident Maura und der Palastchef Herzog von Soto-
mayor wohnten der Operation bei.

*** Sofia, 12. Sept.** Eine russische Militärdeputation, die aus
Militärs aller Chargen besteht, die den russisch-türkischen Krieg
im Jahre 1877 mitgemacht haben, ist zur Enthüllungsges-
teier des Denkmals Alexanders II. hier eingetroffen.
Gestern nachmittag wurde eine Abordnung vom Fürsten
empfangen.

*** New York, 11. Sept.** Für ihre Offizinen kündigen die White
Star Line und die Atlantic Transport Line eine Ermäßi-
gung von 2 1/2 Dollars auf die Preise für die erste Ka-
binette an.

*** Melbourne, 12. Sept.** In der gestrigen Sitzung des Bun-
desparlaments wurde eine Interpellation eingebracht
über den — wie gerüchtweise verlautet — erfolgten Vorstoß
der Abtretung Haitis von Frankreich an Deutsch-
land. Der Minister erklärte, daß ihm von dieser Angelegen-
heit nichts bekannt sei.

*** Hongkong, 12. Sept.** Nachrichten aus Pienchow
melden, daß die kaiserlichen Truppen mit den Auf-
rührern zusammengestoßen sind und die
letzteren in die Flucht geschlagen haben. Die Auf-
ständischen sollen über 100 Tote haben. Zwanzig Mann
wurden gefangen genommen. Für die Missionare in
Pienchow und Pakri sind von den chinesischen Behörden
entsprechende Maßregeln getroffen worden.

Verschiedenes.

Der 16. Internationale Friedenskongress in München.
† München, 12. Sept. Der Internationale Frie-
denkongress beschloß gestern nach längerer Beratung, an
die Haager Konferenz ein Schreiben zu richten, in
dem die Befriedigung über die bisher erreichten Resultate aus-
gesprochen, aber andererseits betont wird, daß das Ziel der
Konferenz nicht die Reglementierung des Krieges, sondern seine
Erziehung durch eine vollständige Organisation des Völkerrechts
durch einen allgemeinen Vertrag über ein dauerndes obligatoris-
ches Schiedsgericht sein müsse. Das Schreiben brüht den
Wunsch aus, daß ein permanentes allgemeines Komitee aller

Mächte im Haag eingesetzt werde zur Vorbereitung einer weite-
ren Friedenskonferenz welche das begonnene Friedenswerk wei-
ter fördern soll. Der Kongress nahm ferner eine Resolu-
tion an, in der ausgesprochen wird, eine Nation ehre sich selbst,
wenn sie nicht zum Kriege, sondern zu einem Ehrengericht Zu-
flucht nehme, um ihre Ehre zu wahren. Dagegen wurde nach
längerer Diskussion der erste Teil dieser Resolution zurückge-
zogen, welcher besagte hatte, der Kongress ist der Ansicht, daß eine
Nation, sowohl, was ihre Ehre, als was alle anderen Fragen
betrifft, sich nicht als einzig maßgebender Richter betrachten
darf.

† München, 12. Sept. Der Internationale Frie-
denkongress nahm eine Reihe von Resolutionen an, u. a.
auch eine, welche sich mit der marokkanischen Frage
beschäftigt. Diese Resolution spricht den Wunsch aus, daß die
Unternehmung Frankreichs und Spaniens in Marokko einschließ-
lich auf die Wiederherstellung der Ordnung und auf den Schutz der
Fremden sich beschränken möchte und daß die Einrichtung der
Polizei in Marokko stets nur einer begrenzten Anzahl von Mäch-
ten überlassen bleibe und einen ausgesprochen internationalen
Charakter behalte.

† München, 12. Sept. Beim Festantritt des Internationalen
Friedenskongresses, dem etwa 300 Teilnehmer beizuwohnten,
wurde folgendes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers
verlesen:
Seine Majestät haben mich beauftragt, dem Internati-
onalen Friedenskongress für die telegraphische Guldigung
bestens zu danken.

† Berlin, 12. Sept. Der Deutsche Lehrerverein
hat seinen Verbänden für die nächste Tagung neben der Erör-
terung des Themas „Der Lehrermangel nach seinen Ursachen
und Wirkungen“ auch die Beratung der Einrichtung einer
„Reichsbehörde für Volksbildung und Volks-
schulwesen“ zur Pflicht gemacht.

† Berlin, 12. Sept. Bei den bayerischen Herbstmanövern er-
eignete sich an der österreichischen Grenze bei Selb ein schwerer
Unfall. Eine Gruppe Juchauer aus Böhmen wurde von der
attackerenden Kavallerie überritten, wobei mehrere
Personen schwer und ein Knabe tödlich verletzt wurde.

† Lübeck, 12. Sept. Der Bürgerausschuß stimmte der
Senatsvorlage, betreffend Bewilligung von 820 000 M. für den
Fundus des neuen Stadttheaters zu.

† Köln, 12. Sept. Der Lokomotivführer eines dicht besetzten
Zuges auf der Strecke Elmfriden—Düren bemerkte plötzlich
starkes Schwanken seiner Maschine und brachte den Zug recht-
zeitig zum Stehen. Die sofortige Untersuchung ergab, daß
auf einer größeren Strecke die Schienen fehlten. Ob ein
Verbrechen vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

† Hünningen (Elsass), 12. Sept. Hier hat sich ein fünf-
gliedrige Komitee gebildet zur Gründung einer Aktiengesellschaft
für die Ausbeutung der Wasserkraft des Rheins oberhalb
Großhünningen. Oberhalb der Mündung des Rhein-
Rhonetalplans plant man die Errichtung eines Elektrizitätswerkes.

† Basel, 11. Sept. Der Deutsche Gymnasialber-
ein wird seine Generalversammlung dieses Jahr in Basel Mon-
tag den 23. September unmittelbar vor der ebenfalls dort statt-
findenden Versammlung deutscher Philologen und
Schulmänner abhalten. Hauptgegenstand der Beratung
wird die Frage sein, welche Grenzen der Generalisierung
und welche der Individualisierung bei Höfingen
höherer Schulen zu ziehen seien.

† Paris, 12. Sept. In der Werkstatt der Briefmarkenzer-
zeugung sollen Mißbräuche vorgekommen sein; ein Kontrolleur
wurde verhaftet. 3000 neue Briefmarken wurden in sei-
nem Besitz gefunden.

† London, 12. Sept. Die White Star Line hat bei der
Werft von Harland Wolff einen neuen Dampfer bestellt, dessen
Größenverhältnisse noch über die der „Lusitania“ hinaus-
gehen. Der Dampfer soll 840 Fuß lang und mit Turbinen be-
sonderer Konstruktion, die eine Erparnis an Heizmaterial von
12 Proz. ermöglichen, versehen werden.

† Christiania, 11. Sept. Der frühere Verteidigungsminister,
Oberst Georg Stang, ist gestorben.

† Rajewo (Serbien), 12. Sept. Ein zu langjährigem Ge-
fängnis verurteilter Mordmörder entfloß aus dem Gefängnis,
nachdem er seinem Wächter den Revolver entziffen und ihn
nieder geschossen hatte. Auf der Straße warfen sich
dem flüchtenden mehrere Personen entgegen, von denen zwei
erschossen, ein verwundet wurde. Gendarmen, die ihn
mit Gewehrschüssen empfangen, gelang es, ihn zu verhaften.
Dies geschah am Geburtstage des Thronfolgers. Infolge der
Schieserei entfiel im Publikum eine Panik. In Gemein-
schaft wurde geglaubt, eine Revolution sei ausgebrochen. Erst später
beruhigte sich die Einwohnerschaft.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Freitag, 13. Sept. Abt. A. 4. Ab. Vorf. „Das vierte Ge-
bot“, Volksstück in 4 Akten von Ludwig Angenruber. Anfang
7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd.
vom 12. September 1907.
Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche wie am
Vortag. Der hohe Druck über Zentraluropa hat sich erhalten
und weist die höchsten Barometerstände über der südlichen Ost-
see auf. Das Wetter ist trocken, verwehender heiter und warm.
Eine Veränderung ist vorerst nicht wahrscheinlich.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 12. September, früh.
Lugano heiter 16 Grad; Biarritz wolzig 21 Grad; Nizza
wolzig 20 Grad; Triest wolkenlos 20 Grad; Florenz wolkenlos
17 Grad; Rom wolkenlos 18 Grad; Cagliari wolkenlos 19
Grad; Windisi wolkenlos 22 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

September	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtig- keit in Proz.	Wind	Himmel
11. Nachts 9 ^u 11.	755.7	17.5	10.5	70	NE	wolkenlos
12. Morgs. 7 ^u 11.	756.2	12.9	9.5	87	"	heiter
12. Mittags. 2 ^u 11.	755.3	24.2	12.8	57	"	"

Höchste Temperatur am 11. September: 23.2; niedrigste in der
darauffolgenden Nacht: 11.3
Niederschlagsmenge des 11. September: 0.0 mm.
Wasserstand des Rheins am 12. September, früh: **Schuster-**
insel 1.97 m, gefallen 3 cm; **Rehl** 2.51 m, gefallen 6 cm;
Maxau 3.87 m, gefallen 4 cm; **Mannheim** 3.10 m, gefallen
3 cm.

Verantwortlicher Redakteur:
(in Vertretung von Julius Raß) Adolf Kersting, Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunische Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Salzbrunner Oberbrunnen

seit 1601 medizinisch bekannte alkal. Quelle ersten Ranges. Heilkräftig bei Erkrankungen der Atmungs-, Verdauungs- und Harnorgane, bei Gicht, Zuckerkrankheit und Asthma. Niederlagen in allen Apotheken und Mineralwasser-Handlungen des In- und Auslandes. — Broschüren gratis durch **Furbach & Striebolz**, Versand der Herzoglichen Mineralwasser, Bad Salzbrunn i. Schl.

Blecherei, Gas- und Wasserleitungsgeschäft

Joseph Meess, Karlsruhe

Ferd. Prinz Nachfolger

Grossherzoglicher Hoflieferant

Erbprinzenstrasse 29

Telephon Nr. 1222

Gegründet 1857

Erweitert 1907

M

eine werten Kunden und Geschäftsfreunde, sowie das verehrte hiesige und auswärtige Publikum benachrichtige ich hierdurch, dass ich meinen Laden in der Erbprinzenstrasse 29 der Neuzeit entsprechend eingerichtet und bedeutend vergrössert habe. Zur Besichtigung des umfangreichen Lagers in Bade-Einrichtungen, Klosettanlagen, Küchen- und Haushaltungs-Gegenständen aller Art, Gas-, Petroleum- und elektrischen Lampen usw. lade ich höflichst ein. Für das mir in dem seit 50 Jahren bestehenden Geschäft entgegengebrachte Vertrauen danke ich und werde weiter bemüht sein, die geehrten Herrschaften gut zu bedienen bei streng reeller Lieferung zu billigsten Preisen

Hochachtend **Joseph Meess**.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe.

Demnächst erscheint:

Badische Landes-Bauordnung

mit Erläuterungen und Ergänzungsvorschriften von **Fr. J. Roth** Grossherzoglicher Amtmann.

Taschenformat Preis geb. etwa 3 Mk.

Bestellungen nimmt schon jetzt jede Buchhandlung und der Verlag an.

Kaiser Wilhelm-Quelle

Fürstensprudel. Ausgezeichnetes Tafelwasser.

Niederlage: **Fr. Phil. Mehl**, Mineralwasserhandlung, Scheffelst. 64.



Handschuhe Krawatten Gürtel Schirme anerkannt vorzügliche Qualitäten empfehlen **LUDWIG OEHL** Nachfolger **KARLSRUHE i. B.** Kaiserstr. 112 2.908.61

Haushaltungspensionat von **Frau B. Eberwein**. Bensheim a. d. Bergstrasse. Jahrl. M. 750. Prospekt d. d. Vorherberin.

la Holländische **Torfstreu** Bruno Mandowisch, 2863 Duisburg a. Rh. 13.1

Bei diesseitigem Schiedsgericht ist eine Schiedsrichterstelle mit einem nichtetatmäßigen Verwaltungsauftrag gegen eine Jahresvergütung von 1000 M. auf 1. Oktober d. J. zu besetzen. Voraussetzung ist, daß die Bewerber eine gewandte, tadellose Handschrift besitzen und ein längeres Verbleiben bei dem diesseitigen Schiedsgericht in Aussicht stellen können. 2.887. Bewerbungen, welchen behördliche Bescheinigungen über sämtliche vorangegangenen Dienstbeschäftigungen beizufügen sind, wollen alsbald amher eingereicht werden. Freiburg i. B., den 11. Sept. 1907. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Freiburg. **Heinhard**.

Wir versenden unseren bekannten kräftigen naturreinen

Lothringer Rotwein

à 68 Pf. pro Liter franco jeder Bahnstation, von 10 Liter ab. Proben gratis. Vertreter gesucht.

Weingutsbesitzer **Léonard & Cie.** Forbach i. Lothr.

Beretreter.

Größeres Steinmetzgeschäft (Sandstein) sucht tüchtigen, in Kaufmann gut eingeführten Vertreter für Karlsruhe und Umgebung. Nur Herren mit prima Referenzen, die eine entsprechende Tätigkeit im Kaufmann nachweisen können, werden gebeten, gest. Offerten unter L. 878 an die Exped. d. Ztg. gelangen zu lassen. 2.878.3.2

Schreibgehilfenstelle

bei diesseitigem Notariat mit einer Jahresvergütung von 600 M. auf 1. Oktober d. J. zu besetzen. 2.885. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen melden. Vorberg, den 11. September 1907. **Großh. Notariat.**

Bei dem unterzeichneten Notariat ist auf 1. Oktober d. J. die Schreibegehilfenstelle mit einer Jahresvergütung von 600 M. und ca. 60 M. Zustellungsgebühren zu besetzen. 2.886.2.1. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen sofort melden. **Großh. Notariat Ströden, A. Ströden, Strö.**

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Studien zur Bevölkerungsbewegung in Deutschland

in den letzten Jahrzehnten mit besonderer Berücksichtigung der ehelichen Fruchtbarkeit von **Dr. Paul Wombert**

Privatdozent an der Universität Freiburg i. Br. Preis 8 Mark.

Wombertschaft seine Schlussfolgerungen in folgenden Worten zusammen: „So können also die vorstehenden Untersuchungen als ein Nachweis dafür betrachtet werden, daß das Sinken der ehelichen Fruchtbarkeit in den letzten Jahrzehnten auf die gleichzeitige Zunahme von Wohlstand und Kultur zurückzuführen ist.“ Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.

Stellungsuchende

Redakteure, Mitarbeiter, Korrespondenten, Expeditionsbeamte, Propagandachefs, Buchdruckerfaktoren, Maschinenmeister, Metzeure, Maschinensetzer, Schriftsetzer inserieren vorteilhaft im

„Zeitungs-Verlag“

Zentral-Organ f. d. deutsche Presse Eigentum und Verlag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Hannover.

Zellenpreis für Stellengesuche 15 Pf.

Der Anzeiger des „Zeitungs-Verlags“ wird Stellensuchenden gegen Vorher-Einsendung von 5 Pfennig pro Nummer portofrei zugestellt.

Der Bezug kann mit jeder beliebigen Nummer begonnen und beendet werden.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung einer Klage. 2.846.2. Nr. 5712. **Abelsheim**. Der minderjährige **Josef Silberstein** von Rosenbergl, vertreten durch den Vormund **Walter Wilhelm Silberstein** daselbst, klagt gegen den Diensthof **Adolf Friedrich** von Girslanden, auf zeit unbekannt wo abwesend, auf Grund des § 1708 B.G.B., mit dem Antrage, den Beklagten zu verurteilen, dem Kläger von seiner Geburt an bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres als Unterhalt eine im Voraus zu entrichtende Geldrente von vierteljährlich 40 M. — Vierzig Mark — und zwar die rückständigen Beträge sofort, die künftigen fällig werdenden am 9. September, 9. Dezember, 9. März und 9. Juni jeden Jahres zu zahlen, und das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu **Abelsheim** auf

Dienstag den 5. November 1907, vormittags 9 Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. **Abelsheim**, den 6. September 1907. **Paas, Aktuar**, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

2.889. **Breisach**. In dem Konkurs des **Protas Köstle** in **Breisach** soll mit Genehmigung des Großh. Amtsgerichts **Breisach** die Schlussverteilung stattfinden. Zu berücksichtigen sind 28.81 Mark bevorrechtigte Forderungen und 6344.13 M. nichtbevorrechtigte Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt 3204.27 M. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts **Breisach** zur Einsicht nebstgelegt worden. **Breisach**, den 11. September 1907. Der Konkursverwalter: **Carl Burger**.

Konkursverfahren.

2.890. **Breisach**. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des **Hugo Klett**, früher Leutnant, in **Breisach** ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin auf **Freitag den 11. Oktober 1907, vormittags 11 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hiersebst bestimmt. **Breisach**, den 10. September 1907. **Birkenmeyer**, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

2.891. **Breisach**. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Emil Schäfers**, Landwirt und Spezereihändler in **Günzlingen**, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin auf **Freitag den 11. Oktober 1907, vormittags 11 1/2 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hiersebst bestimmt. **Breisach**, den 10. September 1907. **Birkenmeyer**, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

2.892. **Breisach**. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Theodor Reible**, Metzger in **Breisach**, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin auf **Freitag den 11. Oktober 1907, vormittags 11 1/2 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hiersebst bestimmt. **Breisach**, den 10. September 1907. **Birkenmeyer**, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

2.893. **Nr. 9093**. **Eppingen**. Ueber das Vermögen des **Steinbauereimisters Heinrich Schäfer** von **Mühlbach** ist heute am 10. September 1907, nachmittags 4 Uhr, infolge Zahlungsunfähigkeit das Konkursverfahren eröffnet worden.

Herr Rechtsanwalt **Reckermann** in **Eppingen** ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Oktober 1907 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Vertheilung des erkrankten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 11. Oktober 1907, nachmittags 4 Uhr**, vor diesseitigem Gerichte, Zimmer Nr. 4, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Oktober 1907 Anzeige zu machen.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. **Eppingen**, den 10. September 1907. **Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Kirchgessner**.

2.894. **Ettlenheim**. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Adolf Maier** von **Et-**

tenheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Abnahme der Gläubiger über die Festsetzung der Auslagen und Gebühren des Konkursverwalters Termin bestimmt auf

Dienstag den 8. Oktober 1907, vormittags 11 Uhr, vor Großh. Amtsgericht dahier. **Ettlenheim**, den 10. September 1907. **Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Giesler**.

2.895. **Gengenbach**. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Badermeisters Franz Auer Armsbrücker** in **Verghausen** wurde zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin bestimmt auf **Wittwoch den 9. Oktober 1907, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgerichte hiersebst. **Gengenbach**, den 9. September 1907. **Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Kniß**.

2.896. **Körsch**. Das in Deutschen Reich befindliche Vermögen des **Hans Löw**, Stadthalteramtssekretär in **Arlesheim**, wird auf Grund des § 322 der St.P.O. mit Beschlag belegt. **Körsch**, den 7. September 1907. **Großh. Amtsgericht.**

2.897. **Körsch**. Das in Deutschen Reich befindliche Vermögen des **Hans Löw**, Stadthalteramtssekretär in **Arlesheim**, wird auf Grund des § 322 der St.P.O. mit Beschlag belegt. **Körsch**, den 7. September 1907. **Großh. Amtsgericht.**

Konkursverfahren.

2.904. **Nr. 82 I**. **Heidelberg**. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **P. H. Lippisch** in **Heidelberg**, Inhaber Kaufmann **Jacob Leß** daselbst, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 9. September 1907, vormittags 9 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hiersebst, Zimmer Nr. 25, bestimmt. **Heidelberg**, den 10. September 1907. **Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I. Arnold**.

Bekanntmachung.

2.896. **Körsch**. Das in Deutschen Reich befindliche Vermögen des **Hans Löw**, Stadthalteramtssekretär in **Arlesheim**, wird auf Grund des § 322 der St.P.O. mit Beschlag belegt. **Körsch**, den 7. September 1907. **Großh. Amtsgericht.**

Vergabe von Hochbauarbeiten.

Zur Erbauung eines Materialschuppen beim Maschinenhaus im neuen Mangerverkahnhof zu **Mannheim** sollen die nachbezeichneten Bauarbeiten nach der Verordnung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden: 2.890.2.

1. Erd-, Grab- u. Maurerarbeiten, 2. Zimmerarbeiten, 3. Schlosserarbeiten.

Die Zeichnungen und die Bedingungen, die nicht nach auswärts versandt werden, liegen auf unserem Hochbauamt im Aufnahmestübende, 3. Stock, Zimmer Nr. 84, während der üblichen Geschäftsstunden auf, wo auch die Angebotsformulare zum Einsenden der Einzelpreise erhoben werden können.

Die Angebote sind spätestens bis der öffentlichen Verhandlungsverhandlung am **Sonntag den 21. d. M., vormittags 10 Uhr**, verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift „Materialschuppen“ versehen, bei uns einzureichen. Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. **Mannheim**, den 5. September 1907. **Großh. Bauinspektion.**

Vergabe von eisernen Einfriedigungen für die Bahnhofsperre.

Für die Herstellung der Bahnhofsperre der Schwarzwaldbahn von **Offenburg** bis **Hausach** sollen die eisernen Aufschlußgelenke, Tore und Drahtgittereinfriedigungen öffentlich, nach Maßgabe der Verordnung Gr. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 vergeben werden.

Die Verhandlungsunterlagen liegen während der Geschäftsstunden in unserm Geschäftsamt zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebotsformulare abgegeben werden. Zusendung der Pläne und Bedingungen findet nicht statt. Die Angebote sind längstens bis **Wittwoch, 18. September d. J., vormittags 9 1/2 Uhr**, verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, ander einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen. 2.821.2.2 **Offenburg**, den 5. September 1907. **Großh. Bauinspektion I.**

Badisch-Württembergischer Güterverkehr.

2.907. Die Stationen **Degmar, Kochendorf Nord, Kochertürn, Reuentstadt a. Kocher** und **Wedheim** werden am 15. September, die Stationen **Bonnbrunn, Gündelwangen** und **Leuzkirch** am 26. September 1907 für den Güterverkehr eröffnet. An diesen Tagen treten daher die im Tarif für diese Stationen aufgenommenen Entfernungen und Frachtsätze in Kraft.

Der Frachttarif **Reinhard-Pfaffenwiesdorf** des Ausnahmeariffs 6a Seite 315 des Tarifs beträgt nicht 96, sondern 66 Pf. für 100 kg.

Karlsruhe, den 12. September 1907. **Großh. Generaldirektion** der Bad. Staatsbahnen.